https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/2524

Gen-ethischer Informationsdienst

Deutschland: Demografie überall

20 Jahre Aufwind und Institutionalisierung

AutorIn
Susanne Schultz

Jahrzehntelang beschwerten sich Bevölkerungswissenschaftler in der alten Bundesrepublik, ihre Disziplin sei zu Unrecht in Misskredit geraten, weil sie im Nationalsozialismus „missbraucht“ worden sei. Dabei war die 1952 gegründete **Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft** ein Hort kontinuierlichen Wirkens alter Nazi-Kader und -Wissenschaftler - mit dem ersten Vorsitzenden Hans Harmsen als Organisator der NS-Zwangssterilisationspolitik oder mit dem Mitglied Siegfried Koller als hochrangigem NS-Statistiker und Rassenhygieniker. Auch Hans Wilhelm Jürgens, der erste Präsident des 1973 gegründeten **Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung**, stand in dieser Tradition. Er hatte 1961 zum Thema „Asozialität als biologisches und soziobiologisches Problem“ habilitiert und sah seine Aufgabe in der „Erhaltung der deutschen Art“.1 Im selben Amt erwies sich auch Charlotte Höhn als würdige Schülerin: 1994 erklärte sie in einem Interview, sie halte nichts von Denkverboten und wolle sagen dürfen, „daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer“.2 Dennoch: Die Disziplin galt mit insgesamt drei Lehrstühlen in Deutschland als marginal - und auch die Bundesregierungen enthielten sich weitgehend explizit bevölkerungspolitischer Argumente, wenn es etwa um Familien- oder Rentenpolitik ging.
Nach der Wiedervereinigung änderte sich diese Gemengelage: Begonnen mit dem 1996 gegründeten **Max-Planck-Institut für demographische Forschung** in Rostock entstand in den letzten knapp 20 Jahren eine Vielzahl demografischer Forschungsprogramme und -institutionen: von Demografie-Schwerpunkten etwa bei der **Bertelsmann-Stiftung** bis zu etlichen Privatstiftungen - allen voran das medial höchst präsente **Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung**. Initiiert in der ersten Rentendebatte Ende der 1990er Jahre trugen sie mit ihren Prognosen und Forschungen nach und nach zur „Demografisierung“ zahlreicher Politikfelder bei (siehe Hummel auf S. 23). Die formale Politik erwies der neuen Leitwissenschaft zunächst in der **Enquetekommission Demographischer Wandel** die Ehre (Abschlussbericht 2002). Im selben Jahr bekannte sich die Familienpolitik erstmals zu einer „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ als Leitidee. Auf kommunaler Ebene etablierten sich **Demografiebeauftragte** als neue Instanz, um vielfältige Probleme mit Blick auf Bevölkerungszahlen und -prognosen zu interpretieren und anzugehen. In der Migrationspolitik blieb die Rolle der Demografie ambivalent: Die simple Logik, dass auch eine wirkliche Liberalisierung von Einwanderungspolitik das skandalisierte Problem einer „Schrumpfung und Alterung“ der Bevölkerung konterkarieren könnte, musste einerseits argumentativ eingedämmt werden.3 Gleichzeitig trug der demografische Blick zu einer Ökonomisierung der Migrationsdebatte bei: Gefragt wird hier nicht nach Menschenrechten, sondern nach der nationalökonomischen Nützlichkeit immigrierender Fachkräfte. Seit 2009 bemüht sich das Bundesinnenministerium nun um eine Zentralisierung der offiziellen Demografiepolitik, und erarbeitete für die Bundesregierung einen **Demografiebericht** und 2012 eine **Demografiestrategie**. Auch ein **Demografiegipfel** und ein **Expertenrat Demografie** wurden einberufen.

Dem Präsidenten des inzwischen in **Deutsche Gesellschaft für Demographie** umbenannten Berufsverbandes, Tilman Mayer, ist auch das noch zu wenig: Er forderte jüngst ein **Demografie-Ministerium** und bekam Unterstützung vom Institut der Deutschen Wirtschaft, das eine „klare institutionelle Aufwertung des Themas Demographie“ fordert.4 2013 ist aber erst einmal staatliche Öffentlichkeitsarbeit angesagt: Das Bundesforschungsministerium hat das Wissenschaftsjahr 2013 zum **Jahr der demografischen Chance** ausgerufen. Auch der Deutsche Ethikrat befasst sich im April mit dem „Zusammenhalt im demografischen Wandel“ - mit Kanzlerin Angela Merkel als Mitdiskutantin. Ist die staatliche Demografiestrategie nur ein Sammelsurium unterschiedlichster Politikfelder, Maßnahmen und Fragestellungen? Schließlich reicht sie von symbolpolitischen Interventionen rund um den Blick auf das Alter, über Fragen der Finanzierung von In-vitro-Fertilisation (siehe Wagenmann S.13) bis zu Strategien der Fachkräfteanwerbung. Eine Tafel in der Ausstellung zum Wissenschaftsjahr bietet als Klammer das Motto an: „Wie wir unseren Wohlstand sichern“. Dort erfahren wir, dass wir uns um den demografischen Wandel keine Sorge machen müssen, wenn mehr Frauen erwerbstätig werden, das Rentenalter hochgesetzt, ausländische Fachkräfte angeworben und die sozialen Sicherheitssysteme „angepasst“ werden. Kurzum: Es geht um eine möglichst effiziente Bewirtschaftung des Menschenmaterials - im Sinne eines nationalen und volkswirtschaftlichen „Wir“. Dieses „Wir“ hat sich inzwischen sogar - nicht erstaunlich in Zeiten einer Nicht-Eurokrise in Deutschland - schon von katastrophistischen Visionen abgewandt und feiert derzeit seine „demografische Chance“.

- 1Zit. nach der ZEIT, 07.10.94.
- 2taz, 12.09.94.
- 3Ein übliches Argument: Das Gebärverhalten von Migrantinnen passe sich an das übliche deutsche Niveau an, so etwa eine Studie am Forschungschwerpunkt Demografie im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).
- 4FAZ, 18.12.12.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 217 vom April 2013
Seite 8